

Druck auf Krankenhäuser

Mehr Schutz für Frühchen

Kliniken müssen künftig offen legen, wie es Frühgeborenen bei ihnen ergangen ist. Eltern und Krankenkassen fordern, dass nur spezialisierte Häuser Frühchen behandeln dürfen. VON MATTHIAS LOHRE



Frühchen brauchen spezielle Pflege. Foto: dpa

Solche Schreckensberichte gibt es immer wieder: über frühgeborene Kinder, die durch fehlerhafte Pflege in der Klinik erblinden, Hirnblutungen erleiden oder schwer am Darm erkranken. Bald soll es für derlei Nachrichten weit weniger Anlass geben. Ab Ende Mai müssen Krankenhäuser, die sogenannte Frühchen behandeln, auf ihren Internetseiten ihre Behandlungserfolge und mögliche Erkrankungen der kleinen Patienten auflisten. So sollen werdende Eltern und ihre GynäkologInnen besser beurteilen können, wo das Ungeborene die optimale Pflege erhält. Darauf einigte sich am Donnerstag nach langem Streit der Gemeinsame Bundesausschuss, das Selbstverwaltungsgremium im Gesundheitswesen.

Die Vertreter von Kliniken, Ärzten und Krankenkassen schlossen bei diesem sensiblen Thema einen Kompromiss: Demnach müssen Kliniken, die Frühgeborene behandeln, künftig auf ihren Internetseiten informieren, wie viele ihrer kleinen Patienten gestorben sind, in wie vielen Fällen es zu Hirnblutungen, Netzhauterkrankungen oder Darmentzündungen gekommen ist. Frühchen leiden überdurchschnittlich oft unter solchen Beschwerden und brauchen daher spezielle Pflege und Medikamentendosen.

Hingegen konnten sich die Vertreter der Krankenkassen und der Patienten nicht mit der Forderung durchsetzen, diese komplizierte Behandlung nur solchen Kliniken zu erlauben, die besonders viel Erfahrung mit den Kleinsten vorweisen können. Seit Jahresbeginn gilt die Regel: Spezialisierte Klinikabteilungen müssen mindestens alle 29 Tage ein Frühchen mit einem Geburtsgewicht unter 1.250 Gramm aufnehmen. Das wären mindestens 12 Fälle pro Jahr.

Viel zu wenig, kritisiert Doris Pfeiffer, die Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen. Statt 12 Fällen müsse die Zahl der behandelten Frühgeborenen "in etwa bei dem Dreifachen" liegen. Laut Pfeiffer wurden 2005 in 520 Krankenhäusern 8.514 Babys mit einem Gewicht unter 1.500 Gramm geboren. Davon wogen rund 3.500 Neugeborene sogar weniger als 1.000 Gramm, sie kamen in insgesamt 388 Kliniken zur Welt. Berlins Senat scheiterte Ende 2008 am Widerstand von Kliniken mit dem Vorhaben, eine Mindestanzahl von 50 Frühgeborenen pro Jahr festzuschreiben.

Für dieses Ziel setzt sich auch der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach ein. Frühgeborene würden aus finanziellen Interessen mancher Krankenhäuser oft unnötigen Risiken ausgesetzt: "Wir dürfen die Sicherheit der Kinder nicht dem Profit von Kliniken unterordnen." Er forderte das Gesundheitsministerium dazu auf, den Beschluss über die Mindestzahl zu beanstanden.

Ähnlich sieht das Hans-Jürgen Wirthl vom Selbsthilfeverein "Das frühgeborene Kind": "Die Bekanntgabe von Fallzahlen und Erkrankungen müsste selbstverständlich sein." Die Qualität verbessere dies nicht. "Die Frühgeborenen sind durch die jetzige Regelung immer noch bedroht."

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/mehr-schutz-fuer-fruehchen&src=PR>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags